

**Vorlage**

Drucksachen-Nr.: <b>FV/019/2023/AfD</b>						
Einreicher: <b>Fraktion Alternative für Deutschland (AfD)</b>						
Verantwortlich für die Umsetzung: <b>Der Oberbürgermeister</b>						
Beratungsfolge	Status	Termin	Für	Gegen	Enthaltung	Bestätigung
Haupt- und Personalausschuss	öffentlich	04.10.2023				
Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus	öffentlich	05.10.2023				
Stadtrat	öffentlich	01.11.2023				

**Titel:**

Gendern in der Stadtverwaltung und in den städtischen Eigenbetrieben abschaffen

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat beschließt die Abschaffung der Gender-Sprache in der Stadtverwaltung und in den städtischen Eigenbetrieben.
2. In der Stadtverwaltung und in den städtischen Eigenbetrieben wird wieder das ganz normale Hochdeutsch gesprochen und geschrieben.

Finanzbedarf/Finanzierung: -

**Begründung:** siehe Anlage 1

Für den Einreicher:

Andreas Mrosek  
Vorsitzender der Fraktion AfD

Beschlossen im Stadtrat am: 01.11.2023

Frank Rumpf  
Stadtratsvorsitzender

**Anlage 1:**

Der Rat für deutsche Rechtschreibung will auch im Jahr 2023 das Gender-Sternchen und Co. nicht in das amtliche Regelwerk aufnehmen. Bereits 2021 lehnte dieser Rat das ab.

Gendern ist kompliziert und hässlich. Das sicherlich am häufigsten erwähnte Argument gegen das Gendern ist die fehlende Ästhetik. Sonderzeichen, wie Gendersternchen und Gendergap, oder das Binnen-I, fallen in einem Text einfach durch die äußere Erscheinung auf und sorgen bei Sprachlernenden für noch mehr Verwirrung.

Am Arbeitsplatz wird vermehrt darüber diskutiert, ob die Arbeitgeber dazu verpflichtet sind, in ihrer Firma zu gendern. Viele verlangen eine gesetzliche Regelung, die es so aktuell nicht gibt. Grundsätzlich gibt es in Deutschland keine gesetzliche Verpflichtung für Arbeitgeber, gendergerecht zu formulieren.

Der MDR hatte dazu eine repräsentative Umfrage gestartet, an der sich fast 26.000 Personen aus Mitteldeutschland beteiligten (Stand 22. Juli 2023). Für 84% ist diese Gender-Debatte unwichtig. Das Bildungsministerium in Sachsen-Anhalt hat mittlerweile das Gendern in den Schulen verboten. Aus diesem Grund muss das Gendern im Dessau-Roßlauer Rathaus und in den städtischen Eigenbetrieben gestoppt und zur deutschen Muttersprache zurückgekehrt werden.